



## **Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform**

### **77. Sitzung (öffentlich)**

10. Juni 2009

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 15:30 Uhr

Vorsitz: Edgar Moron (SPD)

Protokoll: Michael Roeßgen

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

**Vor Eintritt in die Tagesordnung** **7**

**1 Gesetz zur Abschaffung der Jagdsteuer** **8**

Gesetzentwurf  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 14/8884

- Abschließende Beratung zur Abgabe eines Votums gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Nach kurzer abschließender Beratung stimmt der Ausschuss dem Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und FDP mit den Stimmen der Koalition gegen die Stimmen von SPD und GRÜNEN zu.

**2 Stand der Umsetzung des Konjunkturpakets II in Nordrhein-Westfalen 10**

Vorlage 14/2642

– Bericht des Innenministeriums

– Diskussion

10

**3 Gesetz zur Änderung des Kommunalwahlgesetzes 12**Gesetzentwurf  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 14/8835

Ausschussprotokoll 14/881

– Abschlussberatung und Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Nach eingehender Beratung wird zunächst der Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP – siehe Drucksache 14/9401 – mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen der SPD bei Enthaltung der GRÜNEN angenommen.

Der so geänderte Gesetzentwurf wird anschließend mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen der SPD bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen angenommen und dem Plenum zur Annahme empfohlen.

**4 Gesetz zur Förderung der politischen Partizipation in den Gemeinden 24**

Gesetzentwurf  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 14/8883

Ausschussprotokoll 14/879  
Stellungnahmen 14/2593 und 14/2594

- Abschlussberatung und Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Der Ausschuss lehnt nach Darstellung der Positionen der Fraktionen zunächst den Änderungsantrag der Fraktion der SPD mit den Stimmen von CDU, FDP und GRÜNEN die Stimmen der SPD ab.

Der Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP wird sodann mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Opposition angenommen.

Mit den zuvor beschlossenen Änderungen wird schließlich der Gesetzentwurf der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen von SPD und GRÜNEN angenommen.

**5 Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Reinigung öffentlicher Straßen 29**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 14/8554

Stellungnahme 14/2522  
Zuschrift 14/1754

Der Ausschuss nimmt den Gesetzentwurf der Landesregierung ohne weitere Aussprache einstimmig an.

Darüber hinaus betrachtet es der Ausschuss bezüglich einer an ihn weitergeleiteten Petition durch den Petitionsausschuss – Vorlage 14/2638 – als nicht erforderlich, gesetzgeberische oder sonstige Maßnahmen einzuleiten. Eine entsprechende Information ergeht an den Petitionsausschuss.

**6 Gesetz zur Verbesserung des Nichtraucherschutzes in Nordrhein-Westfalen überarbeiten – wirksamen Schutz vor Passivrauchen im öffentlichen Raum umsetzen!** **30**

Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 14/8707

In Verbindung mit:

**Gesetz zur Änderung des Gesetzes zum Schutz von Nichtraucherinnen und Nichtrauchern in Nordrhein-Westfalen**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 14/8806

Auf Vorschlag der antragstellenden Fraktion Bündnis 90/Die Grünen kommt der Ausschuss ohne weitere inhaltliche Aussprache überein, auf ein Votum an den federführenden Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales zu verzichten.

**7 Eltern nicht im Regen stehen lassen – Kommunen beim Ausbau von U3-Plätzen besser unterstützen** **31**

Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 14/8084

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit dem Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen ab.

**8 Demokratie jetzt – bürgerfreundliche Bürgerentscheide durch Abschaffung eines Abstimmungsquorums** **32**

Antrag  
des Abgeordneten Rüdiger Sagel (fraktionslos)  
Drucksache 14/8624

Der Antrag wird mit den Stimmen aller Fraktionen abgelehnt.

**9 Die Landesregierung muss handeln, damit den Kommunen in NRW nicht eine bittere Zeit bevorsteht – Die Konjunktur darf nicht durch eine prozyklische Politik zusätzlich abgewürgt werden** **33**

Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 14/9063

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt nach kurzer Aussprache zu diesem Thema eine Anhörung, die kurz nach der Sommerpause stattfinden soll.

**Nach Abhandlung der Tagesordnung** **36**

Der Ausschuss kommt überein, ein Gespräch mit den Landschaftsverbänden in der Sitzung am 19. August zu führen.

**Nächste Sitzungen: 19. August 2009 und 9. September 2009** **36**

\* \* \*



## 1 Gesetz zur Abschaffung der Jagdsteuer

Gesetzentwurf  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 14/8884

- Abschließende Beratung zur Abgabe eines Votums gemäß Vereinbarung der Fraktionen

**Vorsitzender Edgar Moron** schickt voraus, dass dem zeitgleich tagenden Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz das Votum des Ausschusses unmittelbar zur dortigen abschließenden Behandlung mitgeteilt werde.

**Hans-Willi Körfges (SPD)** zitiert zur kurzen Positionierung seiner Fraktion einen Auszug aus der Stellungnahme des Landkreistages, der in keiner Weise verdächtig sei, eine sozialdemokratisch oder oppositionell geprägte Interessengruppe zu sein:

Die völlig zusammenhanglose Abschaffung der Jagdsteuer erweckt den Eindruck einer Politik zugunsten der jagdlich aktiven Bevölkerungsgruppe Nordrhein-Westfalen und ist im Interesse der Allgemeinheit der kommunalen öffentlichen Kassen nicht akzeptabel. Dies gilt erst recht in einer Zeit der hereinbrechenden Wirtschaftskrise, die eklatante negative Auswirkungen auf die staatliche kommunale Finanzlage haben wird. Wir rufen nachdrücklich dazu auf, den vorgelegten Gesetzentwurf nicht zu verabschieden.

Er gebe nochmals der Mehrheit den Hinweis darauf, dass sie zu einer absoluten Unzeit Bargeschenke in Richtung einer kleinen, überschaubaren Klientel mache, was sich negativ auf die kommunalen Finanzen auswirke. Der vielfach angeführte Hinweis, es würden Leistungen für die Allgemeinheit erbracht, verfange insoweit nicht, da die Leistungen in der Vergangenheit trotz Jagdsteuer erbracht worden seien. Schließlich treffe man mit der Jagdsteuer keine Bevölkerungsgruppe, die auf die Solidarität der Allgemeinheit in besonderer Weise angewiesen sei.

**Rainer Deppe (CDU)** verweist auf das Sachverständigengespräch im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, bei dem der Landkreistag ausdrücklich ausgeführt habe, dass für die überwiegende Zahl der Gebietskörperschaften die Einnahmen aus der Jagdsteuer eine völlig untergeordnete Rolle spielten; denn nennenswerte Einnahmen aus der Steuer beträfen maximal zehn Kreise.

Der Landkreistag habe ausdrücklich betont, dass die Jäger eine wertvolle und auch öffentliche Aufgabe wahrnahmen. Kein Sachverständiger habe auch nur den Ansatz einer Begründung dafür liefern können, warum die Jagdsteuer überhaupt erhoben werde. Wenn die SPD meine, man könne denjenigen, die sich für die Allgemeinheit

in den letzten Jahren eingesetzt hätten, weiterhin dafür Geld abnehmen, zeige das das Denken der Sozialdemokraten.

Die CDU sei da anderer Meinung: Jede Steuer müsse ihre Berechtigung haben. Die Jagdsteuer habe diese nicht und sei überholt. Früher sei es eine Steuer auf Erträge gewesen, die heute nicht mehr erzielt würden. Deshalb müsse die Steuer abgeschafft werden.

**Horst Becker (GRÜNE)** erklärt, Kollege Körfges habe ohne Zweifel richtig vorgetragen, dass sich der Landkreistag, insbesondere die Landräte und an vielen Stellen auch die kommunalpolitischen Fraktionen der CDU fragten, was in die CDU-Landtagsfraktion gefahren sei, in Zeiten dramatischer Einnahmeausfälle in der kommunalen Familie, die in den nächsten zwei Jahren noch dramatischer zu werden drohe bei gleichzeitigen Ausgabensteigerungen, so zu argumentieren.

Nicht jeder, dessen möglicherweise auch ehrenamtliches Wirken ein Abfallprodukt für die Allgemeinheit mit sich bringe, könne wie bei den Jägerinnen und Jägern Steuerfreiheit erfahren. Dieses Argument trage nicht durchgängig, und das insbesondere bei den Kommunen, die in der Vergangenheit den verantwortlichen Jägerinnen und Jägern bei den Pachten ganz erheblich entgegengekommen seien. Das wäre auch das weitere richtige Vorgehen gewesen.

Hier werde zulasten Dritter, zulasten der Landkreise, reine Klientelpolitik betrieben. Der Landkreistag habe der Koalition dazu etwas ins Gebetbuch geschrieben, was die Koalition nicht hören wolle. Deshalb versteckten sich die Regierungsfaktionen hinter der Anhörung, obwohl man sich bei anderen Anhörungen locker über die Stellungnahmen hinweggesetzt habe. Ein solches Vorgehen sei fragwürdig und widersprüchlich.

**Horst Engel (FDP)** empfiehlt den Fraktionen der Opposition dringend, dem Gesetzentwurf zuzustimmen. Die Argumentation von Herrn Körfges könne bei jedem Versuch der Minderung oder Abschaffung einer Steuer angewendet werden. Damit werde jegliche Veränderung an dieser Stelle verhindert.

Er stimme dem Kollegen Deppe inhaltlich voll zu und empfehle Zustimmung zum Gesetzentwurf.

Nach kurzer abschließender Beratung stimmt der Ausschuss dem Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und FDP mit den Stimmen der Koalition gegen die Stimmen von SPD und GRÜNEN zu.